

EU-Abgeordnete wollen gemeinsame Anstrengungen gegen Online-Glücksspiel

Glücksspiel ist ein riskantes Geschäft – zumindest für die Spieler. Und der boomende Online-Markt für Glücksspiele macht es Spielsüchtigen immer schwerer. Vergangene Woche forderten die EU-Abgeordneten die Europäische Kommission daher dazu auf, die EU-Staaten auf mehr Zusammenarbeit beim Kampf gegen illegales Online-Glücksspiel einzuschwören. Auch wurden schärfere Maßnahmen zum Schutz gefährdeter Verbraucher und Kinder gefordert.

Glücksspiele im Internet wachsen rasant. In Europa finden bereits 10 % aller Glücksspiele im Wert von rund 10 Milliarden Euro im Internet statt. Immer mehr Spieler nutzen ihr Handy oder interaktive Plattformen. Doch die Regeln für den Umgang mit Online-Glücksspielen variieren stark innerhalb der EU.

In einem Diskussionspapier (Grünbuch) formulierte die EU-Kommission vor kurzem erste Fragen und Positionen zum Online-Markt für Glücksspiele. In seiner Resolution vom 15.11. fordert das EU-Parlament die EU-Mitgliedsstaaten nun zu mehr Zusammenarbeit auf, insbesondere bei der Bekämpfung illegaler Glücksspiele und dem Schutz von Minderjährigen.

[b]Zugang erschweren[/b6]

Zwar sollte es den EU-Mitgliedstaaten freistehen, spezifische Gesetze zum Umgang mit Online-Glücksspielen zu erlassen, in manchen Bereichen sei ein koordiniertes Vorgehen aber vorteilhaft. So sei etwa ein Lizenzmodell sinnvoll, um legale Online-Spieler sicher zu gestalten. Glücksspiel-Anbieter müssten sich dann an klare Regeln halten oder würden ihre Lizenz verlieren.

Neue EU-Richtlinien sollten auch die Möglichkeit bieten, Transaktionen zwischen Kreditkartenunternehmen und gesperrten Anbietern von Glücksspielen zu blockieren.

Der Zugang zu Glücksspielangeboten sollte durch Altersgrenzen und Transaktionslimits für Online-Überweisungen begrenzt werden. Die Abgeordneten befürworten auch gemeinsame Standards für Glücksspiel-Betreiber. Ein europäischer Verhaltenskodex für Online-Glücksspiele könnte hier ein wichtiger erster Schritt sein.

Quelle: Europäisches Parlament <http://www.europarl.europa.eu>

REF : 20111118ST031845